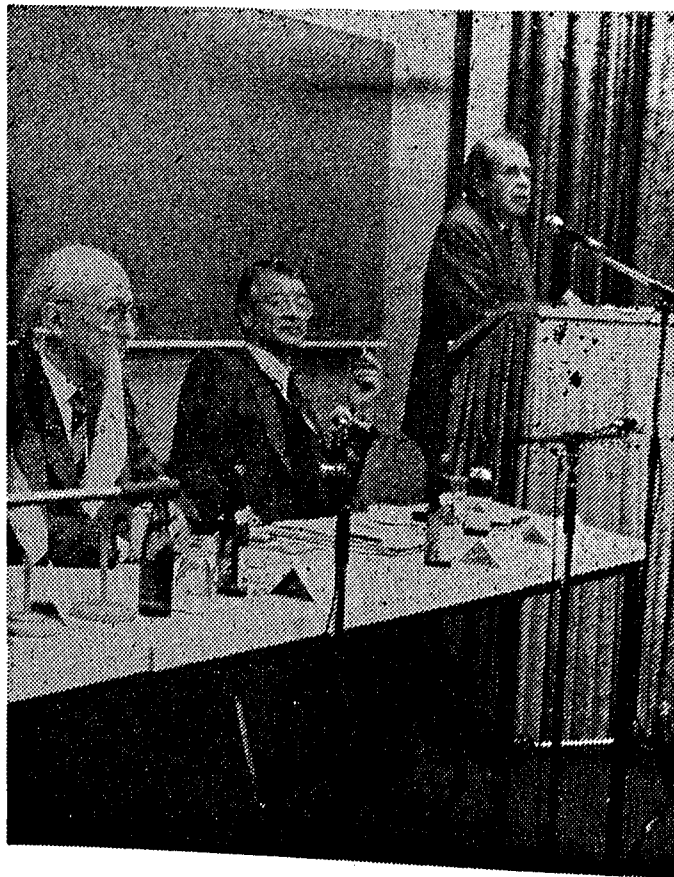


VI.

P R E S S E B E R I C H T E



## **Girgensohn und Kühn eröffneten die Konferenz**

Eröffnet wurde eine Konferenz zur Frage der deutsch-polnischen Beziehungen am Beispiel der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen im Land Nordrhein-Westfalen in der Bergneustädter Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung vom ehemaligen Ministerpräsidenten Heinz Kühn. Ein Referat zum Thema der Tagung hielt der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn. Die polnische Delegation leitete der stellvertretende Minister für Bildung und Erziehung dieses Landes, Professor Jerzy Wojciechowski. Zu dem Empfang erschienen unter anderem Bürgermeister Herbert Heidtmann, SPD-Unterbezirksvorsitzender Erhard Nagel und Schularat Walter Klöckner. Die polnische Künstlerin Kazmiera Letowska stellte einige Werke ihrer Gobelin-Wollkunst aus. Arrangiert hatte diese Ausstellung der Kunstverein Gummersbach/ Bergneustadt.

Bild: Ingo Lang

## Polen zog Prominenz an



**In Bergneustadt.** Viel politische Prominenz tummelte sich am Wochenende in der Bergneustädter Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Grund: Dort tagte die deutsch-polnische Konferenz, die sich drei Tage lang mit der praktischen Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen beschäftigte. Neben dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn und dem amtierenden Kultusminister Jürgen Girgensohn konferierte dort auch eine Reihe von oberbergischen Schulräten und Kulturpolitikern wie etwa die drei SPD-Kreisabgeordneten Erhard Nagel, Prof. Dr. Helmut Ulrich Solbach und Wilfried Hahn sowie der Gummersbacher Schulrat Walter Klöckner.

Im Rahmen dieser deutsch-polnischen Konferenz eröffnete der Gummersbacher Kunstverein eine Ausstellung der polnischen Künstlerin Kazmiera Letowska, die ihre ersten Textilkunstwerke zeigt, die sie fertigte, seitdem sie in Frankreich wohnt. Foto: Frank Dittrich

Polen und die Welt ■ Polen und die Welt ■ Polen und die Welt

## ZWISCHEN RHEIN UND ELBE

# Schwäche oder Unwille?

Von MARIAN PODKOWIŃSKI

ÜBER die Schulbuchrevision von Geschichts- und Erdkundebüchern in der BRD (Empfehlungen darüber wurden von einer gemeinsamen Kommission von Historikern der BRD und der VR Polen bereits im Jahre 1977 genehmigt) wurde wohl mehr geschrieben, als in den Stenogrammen von den Beratungen beider wissenschaftlicher Kollektive im Laufe von fünf Jahren Wörter gebraucht wurden. Als es schien, daß durch die Veröffentlichung jener 27 Empfehlungen in unseren gemeinsamen Beziehungen ein historisches Werk vollbracht wurde, und das wurde durch den bedeutungsvollen Normalisierungsvertrag im Dezember 1970 ermöglicht, gewann der eigentliche „Tanz“ um dieses Problem an Stärke.

Während man sich in Polen nach diesen Empfehlungen richtete und die BRD-Seite in dieser Hinsicht keine Vorbehalte haben konnte, begann zwischen Rhein und Elbe erst die Diskussion. Ohne auf die wissenschaftliche Autorität der bundesdeutschen Teilnehmer und Unterzeichner jener Empfehlungen zu achten, unter denen sich doch hervorragende Historiker befanden, begannen diejenigen, die Polen und der Normalisierung in den Beziehungen zwischen den Menschen abgeneigt waren, die Empfehlungen nicht nur zu kritisieren, sondern sogar zu bekämpfen. Manche Kritiker entwickelten eigene Konzeptionen sowohl für die Revision der Schulbücher als auch für die mit so großer Mühe ausgearbeiteten Empfehlungen der gemeinsamen Kommission. Es kann durchaus gesagt werden, daß sie mehr mit gewöhnlichen politisch-territorialem Revanchismus gemein haben, als mit der Schulbuchrevision im Geiste der UNESCO, unter deren Obhut beide Seiten die Empfehlungen ausgearbeitet haben.

Allein die Tatsache, daß jene 27 Empfehlungen ausgearbeitet wurden, wurde von bedeutenden Kreisen der bundesdeutschen Bürger und auch von der Bundesregierung, zumindest formell, wohlwollend begrüßt. Fortschrittliche Kreise erachteten sie hingegen als ersten bedeutenden Versuch der richtigen Darstellung der Geschichte, die am Beispiel des preussischen Militarismus und der Zeit von Bismarck, ohne von den Jahren der hitlerfaschistischen Okkupation Polens zu sprechen, für uns eine Zeit endlosen Unrechts und der Versuche war, nicht nur unsere Kultur, sondern auch unser Volk zu vernichten.

Den Initiatoren und Organisatoren der Schulbuchrevision ging es darum, der historischen Wahrheit bei der Auslegung der Vergangenheit ihren gebührenden Platz einzuräumen, um auf diese Weise der jungen Generation den Zutritt zur vollen Wahrheit zu dem zu ermög-

chen, was war und nicht vergessen werden durfte, wenn die gegenwärtigen Anstrengungen auf dem Gebiet der Normalisierung in der Zukunft Früchte tragen sollen. Was werden nämlich die besten und genauesten ausgearbeiteten Verträge und Empfehlungen wert sein, wenn in den zwischenmenschlichen Beziehungen, also auf der Basis der sich verbessernden gegenseitigen Beziehungen weiterhin Unwissen, Lüge oder gegenseitiges Mißtrauen herrschen werden. Auch das bewußte Verschweigen aller ungetrübten Momente in unserer gemeinsamen Geschichte, bevor die preussische Politik gegenüber Polen ihre dramatischen Folgen hatte, spielte im preussischen und dann im gesamtdeutschen Schulwesen seine verhängnisvolle Rolle. Die Politik Friedrichs II. gegenüber den Polen, die Germanisierungswelle zu Bismarcks Zeiten, in der das völkermordende Programm Hitlers verwurzelt war, bildeten zusammen jene tödliche Schneise des künftigen Imperialismus und der deutschen Vorherrschaft, dessen erstes Opfer Polen und seine lebenswichtigen Interessen waren. Diese Wahrheit war ganzen Generationen junger Deutscher unbekannt, die den preussischen Lehrern ausgeliefert waren, von denen richtig gesagt wurde, daß Bismarck im Krieg gegen Frankreich vor allem ihnen und nicht den Soldaten den Sieg bei Sedan und Deutschland das Kaisertum der Hohenzollern zu verdanken hatte.

Die Schulbuchrevision in der BRD und der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, der neue Bedingungen dafür schuf, daß die junge Generation die ganze Tragödie in den gegenseitigen Beziehungen kennenlernt und die Wahrheit über Polen gesagt wird, wurde in der BRD von der Regierung begünstigt. Indem sie im Jahre 1969 mit ihrer Ostpolitik begann, eröffneten sich auch Möglichkeiten für die Entfälschung und Reinigung der Geschichte von antipolnischer Patina. Die Historiker beider Länder nahmen diese nicht einfache Aufgabe in Angriff und erwarben sich historische Verdienste für die künftige Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Völkern.

Diese Anstrengungen stoßen in der BRD leider auf Widerstand. Der „Indianertanz“ um die Realisierung der Empfehlungen beruht darauf, daß die rechtlich-administrative Struktur der Bundesrepublik es ermöglicht, in diesem Spiel zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern den Ball über das Netz zu werfen, das aus Vorurteilen und politischen Ausflüchten beider Seiten besteht. Die Schwäche der einen Seite und der deutliche Minderwertigkeit der anderen Seite machen die Verwirklichung der Schulbuchrevision unmöglich, obwohl sich niemand deutlich dazu bekennen will. Die Bundesregierung behauptet, daß das außerhalb ihrer Kompetenzen liegt und die von der CDU regierten Länder weisen die Empfehlungen zurück, ohne in Frage zu stellen, ob sie notwendig sind.

Sie wünschen „allein“ ihre „Revision“ und unterbreiten alternative Empfehlungen, die sich im Grunde genommen nicht von den alten Programmen unterscheiden. Mit einem Wort ist die Sache mit Ausnahme gewisser Versuche in Bremen und Hamburg und auch in anderen von der SPD oder in Koalition mit der FDP regierten Ländern nicht in Gang gekommen, und es werden weiterhin leidschaftliche Diskussionen geführt, als ob man sich jetzt erst in der anfänglichen Phase auf Initiative der UNESCO befände.

Während der gesamten Diskussion und Polemik in der BRD über die Verwirklichung der Empfehlungen ergriffen Gelehrte und Politiker, Publizisten und Parteifunktionäre das Wort. Selten äußerten sich dagegen einfache Lehrer und Pädagogen und besonders die Jugend selbst. Zu einer etwas breiteren Diskussion kam es in diesen Kreisen bei der Veröffentlichung einer gemeinsamen Deklaration durch die Ständige Konferenz der Kultus- und Bildungsminister (die Ministerien liegen in der Kompetenz der Länder) im Februar 1981. Die Kommission erreichte auf Initiative des Kultusministers der Regierung von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Girsensohn (SPD), einen Kompromiß gegenüber dem bisherigen Standpunkt, der ruhig als fauler Kompromiß bezeichnet werden kann, weil er vielmehr den Standpunkt der CDU/CSU begünstigt, deren extreme Haltung in der 1. Deklaration der Regierungen von Bayern und Baden-Württemberg zum Ausdruck kam, die alle Empfehlungen zurückwies. Die Entscheidung der Ständigen Konferenz, also des höchsten Gremiums im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik in der BRD, ist ganz einfach ein Hieb auf die Idee der Schulbuchrevision selbst.

Die Entscheidung und der Kompromiß, der im Beschluß der Konferenz im Bereich des Erdkundeunterrichts in den Schulen enthalten ist, bewirken, daß seit diesem Augenblick alle Schultafeln und Landkarten weiterhin den zeitweiligen Charakter Oder-Neiße-Grenze einführen und nicht nur den Vertrag aus dem Jahre 1970 in Frage stellen, sondern die Jugend weiterhin in der Überzeugung erziehen, daß die Westgrenze Polens unbeständig ist und also auch in Zukunft angefochten werden kann. Wie das beurteilt werden soll, muß in Polen nicht kommentiert werden.

Deshalb ist es gut, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung beschloß, in einer ihrer zahlreichen Volkshochschulen in Bergneustadt in Nordrhein-Westfalen eine wissenschaft-

lich-politische Konferenz einzuberufen, um dieses Problem im Kreise von Wissenschaftlern, Pädagogen, Kulturfunktionären und Publizisten zu diskutieren und aus Polen eine repräsentative Delegation einzuladen, unter der sich auch zwei Mitglieder der Kommission von Historikern und Geographen, die Professoren Markiewicz und Barbag, befanden und an deren Spitze der stellvertretende Minister für Volksbildung und Erziehung, Dr. Jerzy Wojciechowski, stand.

Die Hauptperson, wenn man das so ausdrücken darf, war Minister Girsensohn, dessen Aufgabe es war, uns zu erklären, weshalb er sich für jenen diskriminierenden Kompromiß entschied, der denen den Wind aus den Segeln nahm, die die volle Verwirklichung der Empfehlungen anstrebten, zumindest in den Bundesländern, die von den Sozialdemokraten regiert werden. Es sei daran erinnert, daß die SPD nach den letzten Wahlen auch in Nordrhein-Westfalen die Regierungsmacht ausübt. Unter den fast 100 Teilnehmern des in jeder Hinsicht nützlichen Treffens herrschte gegenüber dem Kompromiß der Ständigen Konferenz der Bildungs- und Kultusminister eine äußerst kritische Stimmung. Minister Girsensohn mußte den anwesenden Pädagogen und Publizisten lange sein Nachgeben gegenüber dem Standpunkt der CDU/CSU begründen (eine heftige Strafrede hielt Peter Bender). Sein Argument, daß man sich mit einem bescheideneren Bereich der Revision der Schulbücher begnügen muß, wenn man nicht das Ganze erreichen kann, wurde von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer als Politik des „kleineren Übels“ beurteilt, was in der deutschen Geschichte seinen tragischen Ausdruck in der Zeit der Weimarer Opposition gegen Hitlers Aktivitäten findet.

Die polnische Argumentation, die im Standpunkt von Minister Wojciechowski, Professor Barbag und anderen Teilnehmern der polnischen Delegation zum Ausdruck kam, fand bei den Teilnehmern Verständnis und wiederholt tiefe Unterstützung. Der zur Teilnahme am Symposium eingeladenen Sprecher der Christlichen Demokraten, Dietmar Katzy, wurde Gegenstand von Attacken seitens der gesamten Konferenz, obwohl er sich verteidigte, wie er nur konnte. Es stellte sich wiederum heraus, daß die vox populi, der nicht das Wort erteilt wurde, sich entschieden für die polnische Raison äußerte. Weil im Beratungssaal Pädagogen und Lehrer aus der gesamten BRD überwogen, muß noch einmal festgestellt werden, daß der Kampf um die Ver-

wirklichung der Empfehlungen ausschließlich ein politisches Spiel um die Stimmen der Wähler und die eigenen Positionen ist.

Wie sich aus zahlreichen Umfragen ergab, hatten die Lehrer und Schüler in überwiegender Mehrheit ihre Stimmen bereits für die Verwirklichung der Empfehlungen und den Ausweg aus der künstlichen Sackgasse abgegeben. Die Diskussion in Bergneustadt bewies erneut, von wem und wie die Schranken aufgestellt werden, damit die Normalisierung der Beziehungen mit Polen auf die von denen künstlich geschaffenen Hindernisse stößt, für die die zeitliche Ausdehnung des gesamten Komplexes der Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD Wasser auf die Mühle der eigenen Politik im Kampf um die Macht in der BRD ist.

Wie schon mehrmals in ihrer bisherigen Tätigkeit auf dem Gebiet der Annäherung der Standpunkte der VR Polen und der BRD hat die Friedrich-Ebert-Stiftung auch diesmal wesentlich zur Festlegung der Position zum Nutzen aller derer in der BRD beigetragen, die in der Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Ländern einen Faktor zur Stabilisierung des Friedens in Europa sehen. Man kann nicht vor der eigenen Geschichte fliehen, sagte Willy Brandt zu seinen Landesleuten während der Unterzeichnung des Vertrages in Warschau und schuf die Grundlagen für ihre Revision auch in den Hirnen derjenigen, die in Zukunft die Prinzipien der historischen Verständigung vom Dezember 1970 verwirklichen werden. Eine andere Alternative gibt es nicht und kann es auch nicht geben.

## Polnische Frage in Deutschland 1831 - 1845

Im PIW-Verlag erschien die Arbeit „Tulacz polski nad Renem“ (Polnischer Wanderer am Rhein) von Piotr Roguski, die der Literatur und der polnischen Frage in Deutschland in den Jahren 1831-1845 gewidmet ist. Der Autor bespricht die polnisch-deutschen Zusammenhänge vor dem Ausbruch des Novemberaufstandes 1830, während des Aufstandes und nach dem Aufstand. Der Ausbruch und der Niedergang des Aufstandes verursachten die Entstehung zahlreicher Polenliteratur in Deutschland. Manche von den sogenannten Polenliedern sind in der Arbeit von P. Roguski enthalten, in der sich auch Kritiken deutscher Autoren über hervorragende Werke polnischer Literatur befinden. (PAP)

sätze für besseres Sozialverhalten. Sie ist hilfsbereit, sensibel und selbstbewußt — und vor allem, ihr Verhalten in und außerhalb der Schule fällt nicht auseinander.“

Dieter Herrmann, im zehnten Jahr Lehrer an der Glocksee-Schule in Hannover, sprach gleich zu Beginn so etwas wie ein Schlußwort: „Wir alle wollen eine menschlichere Schule. Darum dürfen wir uns nicht von Be-

hördenwillkür beeindrucken lassen, sondern müssen uns kompromißlos durchsetzen. Eins muß man trotzdem bedenken. Die Glocksee-Schule z. B. gäbe es heute nicht ohne die Unterstützung einer Reihe von Menschen in den Bürokratien. Sie kritisieren intern, nach außen schützen sie und helfen, wo sie können.“ Gibt es solche Menschen wirklich nur in Hannover?

Michael Behr

## Deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen

# KMK-Vereinbarung fortschrittlich oder reaktionär?

## Gemeinsame Wochenendtagung von KM und FES in Bergneustadt

„Die deutsch-polnischen Beziehungen am Beispiel der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen im Lande Nordrhein-Westfalen“, so lautete das vollständige Thema der Tagung, die vom 9. bis 11. Oktober 1981 gemeinsam vom Kultusministerium und der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Heimvolkshochschule Bergneustadt veranstaltet wurde. Das Ergebnis dieser anregungsreichen Begegnung zwischen Fachleuten und Interessierten aus beiden Ländern konnte nachdenklich stimmen; aber gleichzeitig auch hoffnungsfroh vor dem Hintergrund der zeitgleich stattfindenden überwältigenden Bonner Friedensdemonstration: Die Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ist ganz sicher auch ein wichtiger Beitrag zur Friedenserziehung.

Fachkundig der Teilnehmerkreis: Lehrer, Mitglieder der Richtlinienkommission, Schulbuchverleger und Schulbuchbeurteiler, Journalisten und Publizisten, Studenten und Schulaufsichtler, Gewerkschaftler und Politiker. Hochrangig und vielfältig der Referentenkreis: Wissenschaftler und Hochschullehrer, Redakteure und Ministeriale und wieder Politiker — an ihrer Spitze der polnische Vizeminister Wojciechowski und der nordrhein-westfälische Kultusminister Girgensohn. Facettenreich und weitgespannt Referate und Diskussionen: Geschichte und Geschichtsschreibung, Schulbuchempfehlungen und Völkerverständnis, Einzelheiten und „die große Linie“, Engagement und Skeptizismus, Staatsvertraglichkeit und Justizgläubigkeit, Kompromiß und Ablehnung, Enttäuschung und Optimismus. Abenteuerlich deswegen der Versuch, auf dem zur Verfügung stehenden, knappen Raum die Wiedergabe eines vollständigen Bildes der Veranstaltung zu versuchen. Statt dessen: kurze Sachinformationen, subjektive Impressionen — keine Vollständigkeit, kein Werturteil, aber deutliche Meinung, der Versuch eines konstruktiven Beitrages.

Beginnen wir mit einigen Sachinformationen: Bereits im Jahre 1970, dem Jahr des Abschlusses des „Warschauer Vertrages“ am 7. Dezember 1970, nach erfolgreicher Schulbuchverständigung mit den westlichen Nachbarn, gab es auf UNESCO-Ebene erste Kontakte über die Möglichkeit eines Austausches und einer wechselseitigen Begutachtung und

Verbesserung der Geschichts- und Geographielehrbücher. Auf Einladung der polnischen UNESCO-Kommission fand vom 22. bis 26. Februar 1972 die erste Sitzung einer gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission statt. Auf der 9. Sitzung dieser gemischten Fachleute-Kommission, vom 5. bis 9. April 1976 auf Einladung der deutschen UNESCO-Kommission in Braunschweig durchgeführt, wurde die endgültige Fassung der gemeinsamen Schulbuchempfehlungen endgültig beschlossen. Seitdem harren sie der Umsetzung.

Eine große Chance dafür wären die „Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht“ der Kultusministerkonferenz vom 12. Februar 1981 gewesen. Um sie zu beurteilen, muß man die Ausgangslage kennen, die ihren Hintergrund bilden. Das stellte Kultusminister Girgensohn so dar:

Die Situation wird „völlig fehlergeschätzt. Unbekannt geblieben ist vor allem, daß in den Jahren 1972 bis 1976 einige wenige Bundesländer das Prinzip durchgesetzt haben, daß jede Karte, die die heutige Westgrenze Polens zeigt, auch die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 zeigen müsse. Das Ergebnis waren und sind bis heute bundeseinheitliche Atlanten und Schulbücher, deren Karten ausnahmslos die Grenzen von 1937 — in Form von sogenannten ‚Perlenketten‘ darstellen.“

Was ist der Inhalt der oben zitierten KMK-Grundsätze?

Auch hier wieder ein Insider-Zitat von Minister Girgensohn: „Diese Regelung bedeutet — entgegen mancher unkundiger öffentlicher Kritik — ein bundesweites Akzeptieren der Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze, wobei der Friedensvertragsvorbehalt eine Selbstverständlichkeit ist, die nicht im Widerspruch zu den Ostverträgen steht:

○ Die Volksrepublik Polen wird in der Regelung über die Schreibweise von Städtenamen in ihren jetzigen Grenzen als Ausland behandelt.

○ Die Bezeichnung ‚Deutschland‘ wird nur für das Gebiet der DDR und der Bundesrepublik vorgesehen. Falls das Gebiet einschließlich der ehemaligen deutschen Ostgebiete zu bezeichnen ist, wird die historisch zutreffende Bezeichnung ‚Deutsches Reich‘ verwendet. Im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsziel des Grundgesetzes ist dies eine wichtige Abgrenzung.

○ Die als besonders prekär anzusehende ‚Perlenkette‘ wird nunmehr auf den meisten Karten getilgt; sie bleibt auf relativ wenigen Karten erhalten. Das Prinzip, auf jeder Karte, auf der die Oder-Neiße-Grenze gezeigt wird, auch die ‚Perlenkette‘ einzuzeichnen, gibt es nicht mehr.

○ Nur für die Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik wird eine besondere Signatur vorgesehen. Daraus folgt, daß die Westgrenze Polens als reguläre Staatsgrenze darzustellen ist. Auch dies war bislang alles andere als selbstverständlich.“

## Umstrittener Kompromiß

Das Zustandekommen der KMK-Grundsätze war zweifellos ein Kompromiß. Ist er fortschrittlich oder reaktionär? Die Beantwortung dieser Frage stand über weite Strecken der Tagung im Mittelpunkt der Diskussion. Das Echo war gespalten, die Befürworter schienen in der Minderzahl, die ablehnenden Stellungnahmen kamen nicht nur aus polnischem Munde.

Indem er Erinnerungen an die Kulturpolitik der Weimarer Republik weckte, rügte der Publizist Prof. Dr. Walter Fabian die zu große Kompromißbereitschaft. In der KMK-Vereinbarung vermochte er keinen wesentlichen Fortschritt zu erkennen. „Auch die verbleibenden ‚Perlenketten‘ werden noch von Lehrern benutzt.“

Der Berliner Journalist Peter Bender wunderte sich, daß es heute, nachdem die Oder-Neiße-Grenze schon seit 1945 besteht und 1970 (im Warschauer Vertrag) bestätigt wurde, noch immer nötig ist, darüber zu reden. „Nach Unterzeichnung des Warschauer Vertrages wäre eine Änderung der Atlanten und der darin gezeichneten Grenzen von uns aus eine

Selbstverständlichkeit gewesen, gleich, ob es eine Schulbuchkommission gibt oder nicht.“

Der Vizeerziehungsminister Wojciechowski gab seiner Beunruhigung beredten Ausdruck. In Polen finde man kein Verständnis für diese KMK-Grundsätze: „Der Beschluß der KMK muß für ungültig erklärt werden; nicht nur im Interesse Polens sondern auch der Bevölkerung der Bundesrepublik.“

Prof. Dr. M. Tomala, Warschau: „Die KMK-Grundsätze entsprechen nicht nur nicht dem Warschauer Vertrag, sondern verursachen Mißtrauen auf der anderen Seite; Mißtrauen, das noch abgebaut werden sollte.“

Der Redakteur der Warschauer Zeitung „Polityka“, Henryk Zdanowski, berichtete davon, daß man in Polen den unzufriedenstellenden Charakter des Kompromisses als Beinträchtigung empfinde.

Dr. Herbert Knäpper, zuständiger Ministerialrat im NW-KM und Initiator dieser erfreulichen Tagung, warb für den KMK-Kompromiß. Als Signum dafür, daß man es in der Bundesrepublik mit den Schulbuchempfehlungen ernst meine, wertete er die Tatsache, daß sie ein „Bestseller“ seien, daß bereits mehrere hunderttausend Exemplare veröffentlicht worden seien.

Prof. Dr. Walter Martineit, Flensburg, Vorsitzender der gemeinsamen Schulbuchkommission, meinte, daß man zur Umsetzung der Schulbuchempfehlungen einen längeren Atem benötige und — in Hinsicht auf den KMK-Kompromiß — den Weg der kleinen Schritte dem Prinzip „Alles oder Nichts“ vorziehen solle.

Engagiert der Kultusminister selbst: „Wer die Vereinbarung als reaktionär gescholten hat, scheint über die bisherige Gestaltung der Atlanten nicht informiert gewesen zu sein... Man kann den Kompromiß also durchaus als einen nicht weit genug gehenden Fortschritt kritisieren. Man kann ihn aber nicht als einen Rückschritt, eine negative Entwicklung, abqualifizieren... Die Vereinbarung bleibt deutlich hinter berechtigten Forderungen zurück, und ich verstehe viele Enttäuschungen... Auch ich sehe in der jetzt getroffenen Vereinbarung nur einen Fortschritt, nicht aber ein befriedigendes Ergebnis auf Dauer... Aber soll man auf die einzigartige Chance des Fortschritts deshalb verzichten, weil man einen weitergehenden Fortschritt wünscht, aber noch nicht erreichen kann?... Ich glaubte es nicht verantworten zu können, auf dem Gebiet der Völkerverständigung einen möglichen Schritt nur deshalb nicht zu gehen, weil ein größerer Schritt zwar fällig, aber noch nicht durchsetzbar ist.“

Wie bedeutsam sogar Einzelheiten sein können, zeigte sich an dem Aus-

druck „Perlenkette“ für die Form der punktierten Grenzdarstellung der 1937er Grenze in Atlanten. Dieser Ausdruck, sicher nur salopp zur Verdeutlichung gebraucht, früher — so Knäpper — ein „Schimpfwort“ für diese Darstellungsart, fand Anstoß bei einigen Tagungsteilnehmern. Fabian sah darin die Gefahr der Verniedlichung, und Tomala formulierte: „Die Perlen sind keine Perlen sondern Dornen in unseren gegenseitigen Beziehungen.“ Und Bernhard Wördehoff, Redakteur, Köln, trug zu diesem Thema noch bei, daß das Problem der punktierten Grenzlinie nur da bestehe, wo der Staat mitspricht; sonst nicht (z. B. bei Autokarten).

---

### Schulbuchempfehlungen ein „Zankapfel“?

---

Minister Girgensohn zog auch eine Verbindung von der KMK-Einigung zu den Schulbuchempfehlungen überhaupt: „Ein solcher Kompromiß erscheint aber heute von größerer Bedeutung als noch vor Jahren, denn wir alle haben aus den Erfahrungen mit den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zu lernen: Dort gibt es bereits jene gefährliche Polarisierung, in der das Pro und das Kontra mit der politischen Identität verknüpft zu werden droht und die Handlungsspielräume verloren gehen. Die Auseinandersetzungen um diese Empfehlungen haben aus einem groß angelegten Beitrag zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen einen Zankapfel werden lassen.“

Girgensohn nannte das Kind auch beim Namen: „Zwei Punkte sind es, die seit Jahren von unermüdlichen Kritikern stets als Beleg für inhaltliche Unzulänglichkeit herausgegriffen werden: Das Aussparen der polnisch-russischen Beziehungen einschließlich des Ribbentrop-Molotow-Paktes sowie die Verwendung des Wortes Transfer dort, wo wir in der Regel von Vertreibung sprechen. Es wird unterstellt, der eine Punkt sei eine Sprachregelung, die die Verwendung des zutreffenden Wortes Vertreibung verbiete, und der andere solle eine Unterdrückung historischer Fakten vorschreiben.“

Gegen diese Sichtweise führte der Minister eine Reihe stichhaltiger fachlicher und politischer Argumente an: „Ich interpretiere die Empfehlung nicht so: Selbstverständlich kann man Vertreibung weiterhin Vertreibung nennen. Auch in allen deutschen Geschichtsbüchern wird weiterhin der Ribbentrop-Molotow-Pakt mit dem Zusatzabkommen dargestellt; andere Geschichtswerke haben wir nicht. Dies ist auch nie von polnischer Seite beanstandet worden.“

Weitere Gesichtspunkte des Ministers:

○ Die Empfehlungen sind keine kontinuierliche Geschichtsschreibung. Sie bringen keine irreführenden Darstellungen. Auslassungen stellen für die Fachwelt, z. B. die Schulbuchautoren, keinerlei Probleme dar.

○ „Völkerverständigung ist eine so wichtige Sache, daß man sie auch dann betreiben muß, wenn bestimmte Fragen nicht behandelt werden können. Wer den relativen Fortschritt der Verständigung nicht achtet, muß sich fragen lassen, ob er das Ziel überhaupt will.

○ Gerade wir Deutschen sollten aus verbieten, die Rücksichtnahme der polnischen Seite auf die Sowjetunion zu schelten.“ Hier wird verdrängt, daß die Katastrophe in Europa in deutschem Namen ausgelöst wurde und daß wir für das Entstehen des Ribbentrop-Molotow-Paktes eine historische Mitverantwortung tragen. „Dies zu verkennen und aus dem sicheren Hort des Westens nach Wahrheit zu rufen, scheint mir — zumindest für Deutsche — schamlos. Außerdem verfehlt eine solche Haltung genau das, worauf es bei einer Verständigung ankommt: das Verstehen des anderen.“

Der bereits zitierte Journalist Bender interpretierte die Situation so: „Problem ist nicht, daß es Gegner der Sache gibt, sondern, daß es nicht genügend Befürworter gibt. Die Schulbuchempfehlungen dürfen nicht der Gleichgültigkeit anheim fallen.“

Die polnische Seite zeichnete in dieser Angelegenheit ein positiveres Bild. Der polnische Vizeminister: „Mit wachsender Beunruhigung beobachten wir die Verzögerung der Umsetzung der Schulbuchempfehlungen... In Polen ist die Umsetzung bereits durchgeführt, auch in der Lehreraus- und -fortbildung.“

Prof. Dr. Wladyslaw Markiewicz, Vorsitzender der polnischen Sektion in der gemeinsamen Schulbuchkommission, wies darauf hin, daß der polnische Schüler weit mehr über die polnisch-deutsche Geschichte informiert wird, als sein deutscher Kollege.

Dr. Marek Rzeszotarski, Oberministerialrat im Warschauer Bildungsministerium, konkretisierte die Ausführungen seiner Vorredner aus der polnischen Schulbuchpraxis. Hier ein paar Beispiele: Die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen wird in den polnischen Schulbüchern bis an die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages von 1970 über die Grundlagen der Normalisierung herangeführt... Zu diesem Zusammenhang gehört auch die Einführung des Begriffes „Bundesrepublik Deutschland“ in den Schulbüchern, der die Bezeichnung „Deutsche Bundesrepublik“ ersetzt... „Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht mehr als die ‚gepanzerte Faust‘ der USA gegen die

UdSSR und die sozialistischen Staaten gerichtet...“

Bei gutem Willen aber können auch die Probleme, deren Interpretation nicht einheitlich ist, in einer gemilderten Form dargestellt werden. Dies wird zweifellos einen großen Fortschritt in der Präsentation des Wissens über das andere Land bedeuten.

Als Beispiel könnte man hierfür die Darstellung der Rolle des Kreuzritterordens erwähnen (Empfehlung 6), die sich in der Bewertung der Historiker beider Länder unterscheidet, die aber keinesfalls zur Vereinfachung und zu tendenziellen Schlußfolgerungen führen sollte.“

### Probleme, Chancen Schwierigkeiten

„Probleme, Chancen und Schwierigkeiten bei der Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen“, so lautete das Thema der Abschlußdiskussion unter Leitung der beiden Kommissionsvorsitzenden Markiewicz und Martineit und unter Teilnahme von Dr. Manfred Dammeyer, SPD-MdL, Wolfgang Heinz, ehemaliger FDP-MdL, und Dietmar Katzy, CDU-MdL, des Bonner Journalisten Stephan Thomas sowie von polnischer Seite noch die bereits zitierten Rzeszotarski und Zdanowski.

Und da schimmerte sie wieder durch, die bereits an den Vortagen beklagte Polarisierung. Markig Katzy: „Es geht nicht um Kompromisse streitmüder Leute, sondern um die Wahrheit. Soll man Verständigung anstreben, auch wenn sie zu Lasten der Wahrheit geht, oder soll man die Wahrheit sagen, sonst schafft man neue Probleme und Emotionen für die Verständigung?“ Dagegen pragmatisch Dammeyer: „Man soll nicht nur über Verständigung reden, sondern praktisch etwas dafür tun. Die Schulbuchempfehlungen sind einer der Motoren der gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen!“ Ähnlich Wolfgang Heinz: Er hielt es für „einen der beschämendsten Vorgänge, daß elf Jahre nach Abschluß der Warschauer Verträge die gemeinsamen Schulbuchempfehlungen noch nicht verwirklicht seien.“ Die Frage ist nicht die nach der Wahrheit, die Frage, die zur Beantwortung ansteht, lautet: Ist unser erstes Ziel die Verständigung?“

Katzy verwies häufig auf die rechtlichen Probleme, die zweifellos im Gesamtkomplex auch enthalten sind: etwa die Frage von Grenzdarstellung und Friedensvertrag, der Warschauer Vertrag und das Verhältnis zur Kulturautonomie der Länder. Er bedauerte, daß kein Jurist teilnehme, der seine Meinung beisteuern könne. Aber sowohl zur Bedeutung des juristischen Aspektes als auch zur Würdigung des Föderalismusarguments handelte sich

Katzy deutliche Meinungsäußerungen ein.

FDP-Heinz wandte sich gegen die „völkerrechtliche Prinzipienreiterei“. Es fiel die Pointe, daß man die politischen Karten in Atlanten in juristische umbenennen solle. Die polnische Seite sorgte sich wegen der Überbetonung der völkerrechtlichen Gesichtspunkte und verwies darauf, daß es sich in allen Fällen um Rechtsinterpretationen innerhalb der Bundesrepublik handele, die nicht in dem Warschauer Vertrag stehen. Ein deutscher Diskussionssteilnehmer relativierte die Wertigkeit der juristischen Gesichtspunkte: Der „juristische Überbau“ wird bei der Jugend immer bedeutungsloser.

Was dem Rezensenten über den akuten Sachverhalt hinaus so besorgniserregend erscheint, ist die sich auch hier wieder manifestierende Tendenz, sich zur Lösung politischer Probleme zunehmend der Hilfe von Gerichten zu bedienen. Das ist für eine Demokratie sehr gefährlich.

Kultusminister Girgensohn hatte in diesem Falle schon am Eröffnungstage den politischen Aspekt geliefert. Er verwies auf folgende zwei Sätze eines NW-Erlasses zur Erläuterung der Rechtslage: „Die Darstellung der Rechtslage muß jedoch sorgfältig von der Darstellung politischer Zielsetzungen unterschieden werden: In diesem Zusammenhang halte ich den Hinweis für wichtig, daß weder die Regierung der Bundesrepublik Deutschland noch die vier Mächte die Absicht haben, die polnische Westgrenze in Richtung des Grenzverlaufs von 1937 zu revidieren.“ Und dem Zitat fügte er hinzu: „Dieser politische Schluß hat eine ganz wichtige Funktion: Er soll dem Gedanken begegnen, daß die Darstellung der Rechtsposition einen Rückgewinnungsanspruch darstelle und daher eine politische Rückgewinnungsabsicht nahelege... Angesichts der deutsch-polnischen Geschichte... kann es heute keinen größeren Vorstoß gegen den Geist der Verständigung geben, als den, Polen erneut um seine Grenzen bangen zu lassen.“

Auch das Vorschützen des bundesrepublikanischen Föderalismus sah die polnische Seite als „Alibiargument“ an. Und auch Girgensohn hatte Verständnis dafür, daß dieses Argument „angesichts der deutsch-polnischen Geschichte aus polnischer Sicht niemals als seriös empfunden werden kann.“

Seine Meinung dazu: „Völkerverständigung ist eine nationale Aufgabe, die nicht unter den Bundesländern arbeitsteilig betrieben werden kann... Wenn es aber daneben bedeutende Kräfte in der Bundesrepublik gibt, ganze Bundesländer zumal, die diese Aufgabe nicht mittragen, so gerät der Versöhnungs- und Friedenswillen der Nation insgesamt ins Zwie-



licht... Es gibt wohl kein Gebiet, auf dem die Bundesländer so eng in einem Boot sitzen wie auf dem Gebiet der Völkerverständigung und der Völkerversöhnung. Wir können der wechselseitigen Verantwortung ebensowenig entrinnen, wie der gemeinsamen Geschichte.“

Zwar zu kurz aber nicht ohne Hoffnung war die Beantwortung der von einem Teilnehmer gestellten Frage, wie soll es nach der Tagung weitergehen?

○ Am häufigsten gefordertes Anliegen: Die 1981er KMK-Grundsätze müssen weg, die Schulbuchempfehlungen endlich verwirklicht werden.

○ Umfassendere Information über die gegenseitigen politischen Verhältnisse (Dammeyer).

○ Deutsch-polnischer Lehreraustausch, in NW seit 1979 durchgeführt (Girgensohn).

○ Ebenso Schüleraustausch (Girgensohn und Katzy).

○ Examens- und Diplomarbeiten zum Thema, Unterrichtsprojekte, mehr Lehrerfortbildungsveranstaltungen (Tagungsteilnehmer).

○ Ausweitung des Problems über den „bilateralen Aspekt“ hinaus (Tagungsteilnehmer).

○ Wolfgang Heinz (FDP) forderte, NW solle auf diesem Gebiete eine Vorreiterrolle übernehmen, da der bundesrepublikanische Kulturförderungslismus nicht in der Lage ist, das Problem schnell zu lösen, solange es dabei nach dem „Geheimhaltungsprinzip“ gehe, daß der Langsamste das Tempo bestimme.

○ Vizeminister Wojciechowski wiederholte seinen Vorschlag zur weiteren Diskussion und lud die Repräsentanten der KMK nach Polen ein, um über die Verwirklichung der Schulbuchempfehlungen zu sprechen.

Und die weiteren Perspektiven?

Girgensohn: „Ich bin der festen Meinung, daß die global angelegte Erziehung zum Frieden erst am Anfang steht. Der deutsch-polnische Dialog, ein Dialog über die Grenzen strategischer Blöcke hinweg, ist aber ein Beispiel dafür, daß eine solche Erziehung möglich ist. Dieser Dialog ist Impuls und Ermutigung zugleich.“

Wojciechowski: „Mit Optimismus empfinden wir das Engagement vieler Lehrer in dieser Frage... Das Wissen, daß es viele Menschen guten Willens gibt, läßt uns die Hoffnung nicht aufgeben.“

Bernhard Wittmann

schen Soll und Haben nicht verantworten — eine für Gegenwart und Zukunft verantwortliche Regierung aber ist sogar bereit, den Salto rückwärts in die bildungs- und beschäftigungslose Nacht zu springen.

Da können wir nur sagen: Das machen wir nicht mit. Die Lehrer und gerade die Lehrerinnen an den Gymnasien in NW, werden nicht zulassen, daß Geld für unnötige Subventionen, Investitionen und Aufrüstung vorhanden ist, während aber in der Bildungspolitik der Rotstift wütet. Wir sind aufgerufen, innergewerkschaftlich und öffentlich das Trauma der Machtlosigkeit in einer solchen perfiden Situation zu überwinden.

Die Delegiertenversammlung der Fachgruppe Gymnasium ist aufgefordert, ihre Bereitschaft zu verkünden, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und für die Verkürzung der Arbeitszeit zu verstärken.“

Die Delegiertenversammlung befaßte sich dann mit den vorgelegten Tätigkeitsberichten der einzelnen Mitglieder des FGA. Neben wohlwollenden Stellungnahmen fanden sich auch eine Reihe kritischer Worte. Die Versammlung wies eine Reihe von Mängeln auf, mit der Absicht, daß derartige Versäumnisse zukünftig nicht mehr auftreten.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Wahlen für den neuen FGA. Nach Anhörung und Befragung der Kandidaten für die einzelnen Aufgabenbereiche, auch Referate genannt, wurden für die nächsten zwei Jahre gewählt:

1. Vorsitzender: Volker *Kanth*, P.-Bruegel-Straße 11, 5100 Aachen, Telefon (02 41) 7 49 04
2. Stellvertreter/Westf.: Josef *Jostmeier*, Stockhaver Weg 96, 4408 Dülmen, Tel. (0 25 94) 29 90
3. Stellvertreter/Rheinl.: Werner *Fuchs*, Rolandstr. 3, 4220 Dinslaken, Tel. (0 23 14) 9 26 05
4. Ref. Vertrauensleute: Hartmut *Koch*, Grubenstr. 60, 5910 Kreuztal, Tel. (0 27 32) 8 18 26
5. Ref. Presse und Information: Toni *Schulten*, Augustastr. 20, 5000 Köln 50, Tel. (02 21) 39 42 73
6. Ref. Sek. II Curriculum: Günter *Sonnen*, Luisenstr. 32, 5100 Aachen, Tel. (02 41) 54 18 32
7. Ref. Sek. I: Marga *Schulte-Brauer*, Hubertusweg 50, 5900 Siegen 1, Tel. (02 71) 33 17 81
8. Ref. Gewerkschaft. Fragen: Hans-Jürgen *Belke*, Eichendorff-Str. 11, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 47 31 58
9. Lehrerausbildung/Z.A. Fragen: Ludwig *Heuwinkel*, Meinser Brink 2, 4950 Minden, Tel. (05 71) 3 46 52

## Fachgruppen & Ausschüsse

Fachgruppe Gymnasium:

### Gewerkschaftsarbeit am Gymnasium

Delegiertenversammlung der Fachgruppe am 11. Juli 1981

Auf der Delegiertenversammlung der FG Gymnasium am 11. Juli 1981 trafen sich 61 gewählte Vertreter aus allen Landesteilen, um Arbeitsschwerpunkte für die nächsten zwei Jahre festzulegen. Volker *Kanth*, bisheriger und wiedergewählter Vorsitzender der FG, wies in seinem einleitenden Referat auf die unzumutbaren Zustände im Bildungsbereich hin; er forderte die Delegierten auf, „mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Kampf gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze und für die Verkürzung der Arbeitszeit zu verstärken.“

Im einzelnen sagte er:

„Der Gewerkschaftstag 1980 stellte in Mainz einstimmig fest, daß die GEW in der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung die wichtigste politische Aufgabe der kommenden Jahre sieht.

Das Recht auf Arbeit für alle kann aber nur dann verwirklicht werden,

wenn Bundes- und Landesregierungen sich ihrer Verantwortung für eine aktive Beschäftigungspolitik wieder bewußt werden. Dies um so mehr, als grundlegende Bedürfnisse im Bildungs- und Erziehungsbereich bisher nicht erfüllt werden. Einer Kampfansage kommt daher die Verlautbarung der SPD NW gleich, die die Streichung von 7 000 Stellen im öffentlichen Dienst, darunter allein 4 000 Lehrerstellen, für die Haushaltsberatungen für 1982 empfahl.

Gestrichen werden soll auch jede Lehrerstelle, die auf Grund sinkender Schülerzahlen frei wird. Dies können und werden wir uns nicht gefallen lassen!

Angeichts unzumutbarer großer Klassen, Unterrichtsausfall und Mehrarbeit auf der einen Seite und kurzarbeitender und arbeitsloser Lehrer auf der anderen Seite sind die sparpolitischen Seitötungen der Regierung die Bankrotterklärung einer verfehlten Haushaltspolitik. Der Buchhalter einer winzigen Firma könnte eine Bilanz mit einem solchen Defizit zwi-